

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thomas Seitz, Stephan Brandner, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/4480 –**

Maßnahmen der Bundesregierung gegen sogenannte Desinformation im Gesundheitsbereich

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 18. Mai 2020 warnte die Bundesregierung vor angeblichen „Verschwörungstheorien und Desinformation“ im Zusammenhang mit COVID, die angeblich im Internet und auf Messengerdiensten kursierten (<https://www.youtube.com/watch?v=KbHyQiCGPTU>). In Gestalt der damaligen stellvertretenden Regierungssprecherin Ulrike Demmer richtete die Bundesregierung folgenden Appell u. a. an Plattformbetreiber im Internet (Youtube et al.), s. o. ab Min. 3:40:

„Es ist in diesen Zeiten wirklich wichtig, genau hinzusehen, Fakten bei verlässlichen Quellen zu prüfen [...]. In dem Bemühen, um Aufklärung zu betreiben, sind Plattformbetreiber, die sozialen Netzwerke genauso gefragt wie jeder in seiner privaten Messengergruppe oder auf der Straße.“

Die Internetplattform Youtube (Google) hat unlängst angekündigt, Anfang 2023 eine Kennzeichnung für „verlässliche Gesundheitsinformation“ einführen zu wollen. Videobeiträge zu Gesundheitsthemen sollen entsprechend gekennzeichnet und hervorgehoben in den Suchergebnissen präsentiert werden, wenn die Informationen aus „verlässlichen Quellen“ stammen. Deutschland sei das erste Land, in dem der neue Dienst eingeführt werde. Youtube reagiere damit auf Kritik wegen „fehlerhafter, ungenauer oder zweifelhafter Gesundheitsinformationen“, die auf Youtube zu finden seien (<https://www.han-delsblatt.com/dpa/youtube-fuehrt-label-fuer-verlaessliche-gesundheitsinformationen-ein/28752766.html>).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Verbreitung von Falschinformationen – insbesondere in den sozialen Medien – kann im Rahmen einer Gesundheitskrise wie der Corona-Pandemie mit einem Gesundheitsrisiko für Bürgerinnen und Bürger einhergehen. Deshalb sind Identifikation, Analyse und anschließende Bewertung solcher Falschinformationen wichtiger Bestandteil der kommunikativen Maßnahmen der Bundesregierung.

Die Kommunikationsstrategie folgt dem Ansatz, den Bürgerinnen und Bürgern seriöse und verlässliche Informationen zur Verfügung zu stellen. In angezeigten Fällen reagiert die Bundesregierung in Form einer Richtigstellung oder durch das Entkräften (sogenanntes „Debunking“) entsprechender Mythen und Falschinformationen. Die Identifikation relevanter Falschinformationen und aktueller Mythen erfolgt unter anderem durch engmaschiges „Community Management“ und „Social Listening“. Zudem informiert die Bundesregierung über den adäquaten Umgang mit Falschinformation in der Corona-Pandemie. Das eigens für die Pandemie eingerichtete Digitale Lagezentrum ist Dreh- und Angelpunkt dieser kommunikativen Maßnahmen, die der Eindämmung der Pandemie und dem damit einhergehenden Gesundheitsschutz dienen.

1. Gab es Gespräche der Bundesregierung mit Vertretern von Youtube, in denen die Verbreitung von gesundheitsbezogener Desinformation durch Youtube insbesondere zum Thema COVID-19/Corona Gegenstand war?

Diesbezügliche Gespräche fanden mit Vertreterinnen oder Vertretern von Youtube/Google nicht statt.

2. Wenn Frage 1 mit ja beantwortet wird,
 - a) wann, und wo fanden die Gespräche jeweils statt,
 - b) wer waren jeweils die Teilnehmer an den betreffenden Gesprächen,
 - c) was wurde jeweils konkret besprochen,
 - d) was wurde jeweils beschlossen?
3. Fanden Gespräche zu dem in Frage 1 genannten Themenbereich mit anderen Plattformbetreibern statt?
4. Wenn Frage 3 mit ja beantwortet wird:
 - a) wann, und wo fanden diese Gespräche statt,
 - b) wer waren jeweils die Teilnehmer an den betreffenden Gesprächen,
 - c) was wurde jeweils konkret besprochen,
 - d) was wurde jeweils besprochen?

Die Fragen 2 bis 4 werden gemeinsam beantwortet.

Diesbezügliche Gespräche fanden nicht statt.